



RUNDBRIEF 1/2019 SUDAN/SÜDSUDAN

KOORDINATIONSGRUPPE 2054
SUDAN/SÜDSUDAN

AMNESTY
INTERNATIONAL



INHALT

Südsudan

Aktuelle politische Situation	3
Bericht zur Todesstrafe in Südsudan / Aktion.....	4
Human Rights Council und UNMISS.....	6
Aktion zu drei Gefangenen/UA.....	7

Sudan

Aktuelle politische Situation.....	8
Menschenrechtslage in Darfur.....	10
Einschränkung der Pressefreiheit.....	11
Neuer Amnesty-Bericht zur Todesstrafe.....	11

Bild auf Seite 1: Sumpfgebiet Sudd im Südsudan

SÜDSUDAN

Aktuelle politische Situation

Am 25. Mai 2019 endet die Übergangszeit des im August 2018 geschlossenen Friedensabkommens zwischen der Regierung von Salva Kiir, den gegnerischen bewaffneten Bewegungen und der politischen Opposition. Bis dahin sollten die wesentlichen politischen und sicherheitspolitischen Punkte umgesetzt und die Übergangsregierung gemeinsam in Juba regieren können. Zwei bewaffnete Oppositionsgruppen haben das Abkommen nicht unterzeichnet und stehen dazu derzeit mit der Regionalorganisation IGAD in Verhandlung. Obgleich die aktiven Kämpfe weitgehend zurückgegangen sind, kommt es weiterhin zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die Implementierung des Friedensabkommens wird von der Regierung verzögert, weiterhin werden in alle bewaffneten Gruppierungen neue Kämpfer rekrutiert. Eine besondere Herausforderung für den jungen Staat stellt der Umgang mit Sicherheitsfragen und die Vervielfachung der Bundesländer, die von 10 auf 32 angewachsen sind, dar. Um die Erhöhung der Anzahl der Bundesländer nicht zur Grundlage erneuter ethnischer Auseinandersetzungen zu machen, sollten die Grenzen durch ein technisches Komitee eruiert werden.

Im vergangenen Jahr wurden zahlreiche Journalisten, Vertreter von NGOs und Aktivisten verhaftet. Zumeist verblieben sie ohne Anklage in Haft. Im März 2019 wurde sieben von ihnen Landesverrat und Spionage vorgeworfen. Im Juli 2018 verhängten die Vereinten Nationen ein Waffenembargo und stellten acht Individuen – aus Regierung und Opposition – unter Sanktionen. Weiterhin sind mehr als 5 Millionen Südsudanese_innen im Land selbst vertrieben oder als Flüchtlinge in den Nachbarländern. Die humanitäre Situation ist bedrohlich, über sieben Millionen Menschen, nahezu 60 Prozent der gesamten Bevölkerung ist von akuter Nahrungsmittelunsicherheit bedroht. Militär und Milizen erschweren oder verhindern den Zugang von Hilfslieferungen, mehr als 112 Mitarbeiter_innen von humanitären Organisationen wurden seit Ausbruch des Krieges im Dezember 2013 getötet, mehr

als 117 verhaftet. Amnesty berichtet von sexualisierter Gewalt, Vergewaltigung von Mädchen, Frauen aber auch zunehmend von Jungen und Männern– ein Viertel der Opfer sind Kinder - , trotz Unterzeichnung des Friedensvertrags. Die, von Regierungsarmee und Oppositionsgruppierungen begangenen Menschenrechtsverletzungen, sind nach Einschätzungen der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union als Kriegsverbrechen zu bezeichnen. Dazu gehören Massentötungen, Zerstörung von zivilen Einrichtungen, Verschleppungen und Vergewaltigungen. Nach UN-Informationen sind seit 2013 knapp 400.000 Menschen Opfer des Konfliktes geworden, davon wurden 190.000 gewaltsam getötet.

Todesstrafe im Südsudan

Die Republik Südsudan ist ein junger Staat im Nordosten Afrikas. Das Land hat 2018 mehr Hinrichtungen durchgeführt als in jedem anderen Jahr seit seiner Unabhängigkeit im Juli 2011. Von Mai bis Ende Oktober 2018 wurden sieben Personen hingerichtet, darunter auch ein Jugendlicher. Amnesty International fürchtet um das Leben von weiteren 135 Gefangenen, darunter ein Jugendlicher und eine stillende Mutter, die im Laufe des Jahres 2018 aus anderen Gefängnissen im ganzen Land zu zwei Hafteinrichtungen verbracht wurden, die für die Vollstreckung von Todesurteilen berüchtigt sind. Amnesty International hat ermittelt, dass in Südsudan (Stand 22. November 2018) mindestens 342 Menschen zum Tode verurteilt waren, mehr als doppelt so viele wie noch 2011. Im Jahr 2017 haben die südsudanesischen Behörden vier Personen exekutiert, von denen zwei zum Zeitpunkt der Verbrechen, für die sie verurteilt wurden, minderjährig waren. Die Hinrichtungen waren ein eklatanter Verstoß gegen nationale und internationale Vorschriften, die die Verhängung der Todesstrafe gegen Personen, die zum Tatzeitpunkt unter 18 Jahre alt waren, streng untersagen. Die südsudanesische Regierung hat in mehreren Pressemitteilungen von Anfang Dezember 2018 die Anwendung der Todesstrafe in Abrede gestellt. Amnesty International hat jedoch glaubwürdige Informationen aus mehreren unabhängigen Quellen erhalten, dass diese Hinrichtungen tatsächlich stattgefunden haben. 2018 interviewte Amnesty International einen 16-jährigen Jungen, der im Juba-Zentralgefängnis in der Todeszelle saß, nachdem er wegen Mordes verurteilt worden war. Während seines

Prozesses hatte er keinen Anwalt. Er bezeichnete das Verbrechen als einen Unfall. Der Junge sagte, er habe den Richter darauf hingewiesen, dass er erst 15 Jahre alt ist. Vergeblich – das Gericht fällte trotzdem das Todesurteil. Nun wartet er darauf, dass sein Rechtsmittel vom Gericht geprüft wird. Vor der mutmaßlichen Tat war der Jugendliche Schüler einer Sekundarschule. Staatlich sanktionierte Tötungen Seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 2011 haben südsudanesisch Gerichte mindestens 140 Personen zum Tode verurteilt und die Behörden mindestens 32 Gefangene hinrichten lassen. Die Zunahme an Hinrichtungen, die während des Jahres 2018 zu beobachten waren, geht mutmaßlich auf eine Direktive des Generaldirektors des Nationalen Gefängniswesens vom 26. April 2018 zurück. Amnesty International fordert die südsudanesisch Regierung auf, sofort ein offizielles Hinrichtungsmoratorium einzurichten, alle Todesurteile in Haftstrafen umzuwandeln und die Todesstrafe vollständig abzuschaffen. Amnesty International wendet sich in allen Fällen ausnahmslos gegen die Todesstrafe, unabhängig von der Art oder den Umständen des Verbrechens, der Schuld, der Unschuld oder anderen Eigenschaften des Täters oder der vom Staat angewandten Methode zur Vollstreckung der Todesstrafe.

Hintergrund: Das Strafgesetzbuch Südsudans sieht die Anwendung der Todesstrafe für Mord vor. Führt eine bewusste Falschaussage zur Hinrichtung einer unschuldigen Person, kann derjenige, der dies verursacht hat, ebenfalls mit dem Tode bestraft werden. Unter Todesstrafe stehen ferner Terrorismus, Banditentum, Aufstand oder Sabotage, wenn dabei eine Person zu Tode kommt. Des Weiteren kann ein besonders schwerer Fall von Drogenhandel sowie Regierungsumsturz und Hochverrat mit dem Tode bestraft werden. Die Strafprozessordnung sieht vor, dass Todesurteile durch den Strang vollstreckt werden. Bevor eine zum Tode verurteilte Person hingerichtet werden kann, müssen der Oberste Gerichtshof und der Präsident das Todesurteil bestätigen.

◆ Hier der ausführliche englischsprachigen Bericht zur Todesstrafe im Südsudan, veröffentlicht im Dezember 2018 [South Sudan: 'I told the judge I was 15': The use of the death penalty in South Sudan | Amnesty International](#)

- ◆ Unsere Aktion zum Bericht: - Appell an den Präsidenten [Letter President - Letter President.pdf](#)
- Petition an den Präsidenten [Petition - Petition.pdf](#)

Human Rights Council und UNMISS

Amnesty International und andere Nichtregierungsorganisationen haben im Februar den Human Rights Council für die 40. Sitzung vom 25.2. - 22.3.2019 aufgefordert, das Mandat für die Menschenrechtskommission zu erneuern. Trotz des Friedensabkommens vom 12.9.2018 gingen die Kämpfe im Land weiter und das Versagen der Regierung, die Gewalttaten zu benennen und aufzuklären, führt zu immer neuer Gewalt. Die begangenen Menschenrechtsverletzungen müssen untersucht werden und die Verantwortlichen vor Gericht gebracht werden. Amnesty International fordert die zügige Umsetzung des Hybrid Court for South Sudan (HCSS).

Außerdem ist Amnesty sehr besorgt darüber, dass der Nationale Sicherheitsdienst (NSS) für viele schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist, wie willkürliche Inhaftierungen, Folter, Verschwindenlassen, sexualisierte Gewalt und Tötungen. Auch für diese Taten wurden die Verantwortlichen bisher nicht zur Rechenschaft gezogen.

Wegen der weiterhin dramatischen humanitären und unsicheren Lage im Südsudan fordert Amnesty International die Verlängerung des Mandats und einen effektiveren Einsatz der UN Mission in South Sudan (UNMISS).

Hier die Links mit den ausführlichen Berichten: [AFR6598522019ENGLISH.PDF](#) , - [AFR6500112019ENGLISH.PDF](#) , - [IOR4098782019ENGLISH.PDF](#)

Aktionen zu drei Gefangenen im Südsudan

#IStandWithPeterBiar Peter Biar Ajak, ein prominenter Wissenschaftler und Aktivist im Südsudan, wurde vom Nationalen Sicherheitsdienst (NSS) vor sechs Monaten willkürlich inhaftiert. Bisher wurde er nicht vor Gericht gestellt und angeklagt. Seit dem 7. Oktober wird ihm auch der Zugang zu seinen Anwälten verweigert. In Haft durfte er nur vereinzelt Familienbesuche bekommen. Peter Biar war am 28. Juli 2018 von der NSS verhaftet worden. Er war ein lautstarker Kritiker der Südsudan-Regierung. Peter Biars Frau und seine zwei Kinder vermissen ihn sehr und wünschen sich, dass er wieder nach Hause zurückkehren darf. So können sie sich für Peter Biar einsetzen:

- [Online-Petition](#)
- Solidarität mit Peter Biar und seiner Familie zeigen. Machen sie ein Foto von sich selbst mit einem Schild mit einer Nachricht an Peter Biar, und posten es in den sozialen Netzwerken zu **#IStandWithPeterBiar** und **#FreePeterBiar**.

#FreeDongAndAggrey: Vor zwei Jahren wurden sie von Kenia in den Südsudan entführt

Dong Samuel Luak, ein prominenter südsudanesischer Anwalt und Menschenrechtsaktivist, und Aggrey Idri, ein Mitglied der Sudan People Liberation Movement- in Opposition (SPLM-IO), werden seit der Nacht vom 23. auf 24. Januar 2017 in Nairobi, Kenia vermisst. Sowohl die kenianischen als auch die südsudanesischen Behörden haben immer bestritten, zu wissen, wo sie sich befinden. Amnesty International erhielt jedoch glaubwürdige Informationen, dass die beiden Männer am 25. und 26. Januar 2017 in einer berüchtigten Strafanstalt in Juba gesehen wurden. Am 27. Januar 2017 wurden sie nachts aus dieser Einrichtung entfernt. Über ihr weiteres Schicksal und ihren Verbleib ist nichts bekannt.. Weitere

Informationen finden Sie im Bericht: [“South Sudan: Further information: Fate and whereabouts of two men unknown.”](#) (AFR 65/6298/2017).

Hier der Link zur aktuellen UA: [Dong Samuel Luak und Aggrey Ezbon Idri | Amnesty International](#)

Aktuell: Gerade ist durch einen UN-Bericht bekannt geworden, dass Dong Samuel Luak und Aggrey Idri mit sehr großer Wahrscheinlichkeit im Januar 2017 vom NSS ermordet wurden.

Sudan

Aktuelle politische Situation

Am 6. April, dem Jahrestag der friedlichen Revolution gegen den ehemaligen sudanesischen Präsidenten Nimeiri 1985 gingen im Sudan Hunderttausende auf die Straße. Sie fordern den Rücktritt von Präsident Bashir und die Unterstützung der Armee. Knapp eine Woche später, am 11.4.2019 übernahm das Militär die Macht, stürzte Präsident Bashir und berief eine zweijährige Übergangszeit unter Leitung der Sicherheitsorgane ein. Obgleich die Protestierenden sich an die Armee gewendet hatten und darum baten, Präsident Bashir zu stürzen, lehnten sie die Übernahme der Regierung durch den Militärrat (TMC) ab und demonstrieren weiterhin, um eine zivile Übergangsregierung einzufordern. Die Afrikanische Union verabschiedete am 23.4. eine Resolution, nach der der TMC drei Monate Zeit bekommt, um die Reformschritte umzusetzen, ansonsten wird der TMC als verfassungswidrig angesehen. Ein ziviler Zusammenschluss, die Kräfte der Verlautbarung von Freiheit und Veränderung (Forces of the Declaration of Freedom and Change) fordert die Einsetzung einer

Übergangsregierung, die aus drei Komponenten zusammengesetzt sein soll: ein Präsidialrat, eine technokratische Exekutive und ein Gesetzgebender Rat. Wie und ob die Forderungen mit den Plänen des TMC zu vereinbaren sind, wird sich in den kommenden Wochen herausstellen.

Seit dem Beginn der Proteste im Dezember 2018 finden wöchentliche friedliche Aktionen, Sitzstreiks und Demonstrationen in mehreren Städten des Landes statt, mehr als 50 Menschen wurden dabei getötet, über 800 Menschen inhaftiert und teilweise gefoltert – nach dem Putsch am 11. April wurden jedoch alle politischen Gefangenen freigelassen. Nachdem die Regierung zunächst mit äußerster Gewalt gegen die Demonstrierenden vorgegangen ist, rief Präsident Bashir im Januar den Ausnahmezustand aus, löste das Kabinett auf, setzte eine Übergangsregierung ein und ruft nun zu einem Konsultationsprozess auf. Die Demonstranten, die von Berufsverbänden und Gewerkschaften organisiert wurden, mobilisierten zehntausende vorwiegend junge Menschen. Tagsüber sind es vor allem Frauen, die auf der Straße sichtbar gegen das Regime aufbegehren.

Hintergrund der Proteste war zunächst die wirtschaftliche Lage, nachdem Subventionen für Brot und Benzin reduziert und die Preise sich vervielfacht hatten. Schnell änderten sich die Rufe aber von Forderung nach Subventionen zum Rücktritt des Präsidenten. Bis zur Ausrufung des Ausnahmezustands setzte die Regierung weiterhin auf Normalisierung mit dem Westen, der Aufhebung der Sanktionen durch die USA und einer verstärkten Kooperation mit den Europäern im Migrationsmanagement. Gleichzeitig sind finanzielle Zuwendungen aus Saudi Arabien und den VAE wegen der Beteiligung des Sudan am Krieg im Jemen, aber auch finanzielle Investitionen durch China, Katar, die Türkei und Russland finanzielle Überlebenshilfen.

Neuer Regierungschef ist zur Zeit Abdel Fattah al-Burhan, der einzige Militärgeneral, der nicht per Haftbefehl vom Internationalen Strafgerichtshof (ICC) gesucht wird. Am 14.4. war auch der Chef des Nationalen Sicherheitsdienstes (NISS), Salah Gosh zurückgetreten. Sein Nachfolger ist General Abu Bakr Mustafa. Der Chef der Rapid Sudan Forces (RSF) Hemeti wird die Nr.2 des Militär-Übergangsrates. Hemeti war maßgeblich für Kriegsverbrechen in Darfur verantwortlich. Ex-Präsident Omar al-

Bashir befindet sich zur Zeit in Haft. Zwei Brüder al-Bashirs und mehrere ranghohe Mitglieder der bisherigen Regierungspartei NCP wurden wegen Korruption festgenommen. In al-Bashirs Haus wurden über 7,5 Mio. Dollar gefunden. Die sudanesisch Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Bashir wegen Geldwäsche.

Amnesty International fordert weiterhin die Auslieferung al-Bashirs an den ICC, wo gegen ihn ein Haftbefehl im Zusammenhang mit dem Völkermord in Darfur vorliegt. Der neue sudanesisch Militärrat schließt eine Auslieferung al-Bashirs an den ICC bisher aus, man möchte ihm im Sudan den Prozess machen.

Aktuelle Amnesty-Links zur Situation im Sudan :

[Sudan: Former president Omar Al-Bashir must be tried by ICC for war crimes | Amnesty International](https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/04/sudan-investigate-role-of-intelligence-chief-in-protest-killings/)
[Why former Sudan president Omar al-Bashir must not escape justice | Amnesty International](https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2019/01/seven-things-you-should-know-about-the-unrest-in-sudan/)
<https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2019/01/seven-things-you-should-know-about-the-unrest-in-sudan/>
[Sudan: Government mounts lethal offensive against protesters killing nine, blocking food and water supplies | Amnesty International](https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/04/sudan-investigate-role-of-intelligence-chief-in-protest-killings/)

Menschenrechtslage in Darfur

In Darfur steht der Rückzug der hybriden Mission der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union (UNAMID) bis 2020 an – die geplanten Projekte, die durch die EU und den Mitgliedstaaten geplant sind, liegen seit der Ausrufung des Ausnahmezustands auf Eis. Tausende Menschen sind immer noch auf humanitäre Hilfe angewiesen und über 1 Mio. sind noch vertrieben. Die Lage in Darfur hat sich sonst etwas stabilisiert, außer in der Region Jebel Marra, wo es immer noch zu Kämpfen zwischen der Regierungsarmee SLA und der Rebellenarmee SLM-AW kommt. Angriffe auf UNAMID-Soldaten und humanitäre Helfer haben um 50 % abgenommen. Trotzdem wurde die Arbeit von UNAMID in vielen Fällen behindert. Bei allen Menschenrechtsverletzungen in Darfur in den letzten Monaten waren in

einem Drittel der Fälle RSF-Soldaten verantwortlich. Im Februar wurden in einem Flüchtlingscamp 9 Frauen und Mädchen vergewaltigt und am 17.4. wurden 14 Menschen in einem Flüchtlingscamp in Darfur bei Kämpfen getötet. Es kommt auch immer wieder zu Überfällen auf Vertriebene beim Feuerholzsammeln in der Nähe von Flüchtlings-Camps. Außerdem wurden Vertriebene bei der Rückkehr in ihre Heimatdörfer angegriffen oder getötet.

Salah Adam, ein Richter aus Nyala, Süd-Darfur, der seit Februar 2019 inhaftiert war, berichtet nach seiner Freilassung, dass er fünf Tage während seiner Haft von NISS-Angehörigen gefoltert wurde. Er war mit Studenten aus Darfur in der berüchtigten „Shendi bus station“ oder „the refrigerators detention centre“ untergebracht. Dort werden die Häftlinge stundenlang in Behälter mit eiskaltem Wasser getaucht. Es befinden sich noch 400 - 800 darfurische Aktivisten in Haft. Viele Inhaftierte sind durch Folter gestorben oder es wurden ihnen Gliedmaßen amputiert.

Einschränkung der Pressefreiheit

Während der Proteste im Sudan wurden besonders Journalisten und Medienschaffende vom Sicherheitsdienst NISS drangsaliert. Es kam zu zahlreichen Inhaftierungen, Belästigungen, Zensur von Printmedien und Radio. Das Internet wurde abgestellt. Seit Beginn der Proteste wurden sudanesishe Zeitungen wiederholt konfisziert und ausländischen Korrespondenten die Arbeitserlaubnis entzogen. Im März wurde der Chef der Zeitung El Tayyar, Osman Mirghani, ohne Anklage und Kontakt nach Außen vom NISS inhaftiert. Anfang April wurde er wieder freigelassen.

Neuer Amnesty-Bericht zur Todesstrafe

Der neue Amnesty-Bericht zur Todesstrafe 2018 vom April berichtet, dass nur in vier Staaten Subsahara-Afrikas – Botswana, Somalia, Sudan und Südsudan-Hinrichtungen in 2018 durchgeführt wurden, obwohl Botswana und Sudan 2017 erklärt hatten, keine Hinrichtungen mehr vorzunehmen. Ein alarmierender Anstieg ist

im Südsudan zu beobachten (mind. 8 Hinrichtungen in 2018, inkl. Einer minderjährigen Person).

Als eine Erfolgsgeschichte von Amnesty International lässt sich der Fall der jungen Sudanerin Noura Hussein anführen. Sie wurde im Mai 2018 zum Tode verurteilt, da sie den Mann, den sie gezwungen war zu heiraten, tötete, als er versuchte, sie zu vergewaltigen. Folgend auf globale Empörung und Campaigning seitens Amnesty wurde die verhängte Todesstrafe in eine fünfjährige Haftstrafe umgewandelt.

Link zum aktuellen Amnesty-Bericht zur Todesstrafe 2018: [Amnesty-Bericht zur Todesstrafe 2018 | Amnesty International](#)

Amnesty International ist eine weltweite Bewegung mit mehr als 3 Millionen Unterstützer_innen, Mitgliedern und Aktivisten in mehr als 150 Ländern und Territorien, die sich für ein Ende von Menschenrechtsverletzungen einsetzen. Grundlage unserer Arbeit ist die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Wir sind von jeder Regierung, jeder politischen Ideologie, jedem wirtschaftlichen Interesse oder jeder Religion unabhängig und finanzieren uns hauptsächlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Deshalb unsere Bitte an Sie: Menschenrechtsarbeit kostet Geld ! Daher würden wir uns über eine Spende auf das folgende Konto sehr freuen.

Bank für Sozialwirtschaft

IBAN: DE 23 3702 0500 0008 090100

BIC: BFSWDE33XXX

Verwendungszweck: für Gruppe 2054

Vielen Dank !

April 2019

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

